



Für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e. V.
- Dr. Susanne Kirchhof -
Stinkbüdelsbarg 1, 24363 Holtsee
www.gegenwind-sh.de – kirchhof@gegenwind-sh.de
Mitglied in der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V.
www.vernunftkraft.de



Für Mensch und Natur
Gegenwind
Schleswig-Holstein e. V.

21.03.2018

Presseerklärung zur Regionalplanung Wind im März 2018

Keine faulen Kompromisse beim Schutz der Menschen

Der Landesverband für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein begrüßt die Absichtserklärung der Jamaika-Koalition, die Abstände zwischen Vorrangflächen für Windkraft und Ortschaften auf 1000 m zu erhöhen.

Die Erklärung der Regierungsparteien, mit diesem Schritt eine Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, geht allerdings an den Tatsachen vorbei.

Die neue Schallschutzvorschrift, die dem von uns lange eingeforderten Schutz der Menschen vor schädlichen Immissionen Rechnung trägt, lässt der Landesregierung gar keine andere Wahl, als die Abstände zur Wohnbebauung zu vergrößern.

Wir kritisieren allerdings aufs Schärfste, dass die Jamaika-Koalition die Abstände zwischen Vorrangflächen und Wohnbebauung im Außenbereich nicht erhöhen will. Wenn der Ministerpräsident von "Einzelhäusern" spricht, ist das politische Augenschweigen.

Denn die historisch gewachsene Siedlungsstruktur in Schleswig-Holstein weist viele baugesetzliche Außenbereiche auf – eine große Anzahl Menschen ist betroffen und kann weiterhin von den Windvorrangflächen in nächster Nachbarschaft umzingelt werden.

Wir kritisieren weiterhin aufs Schärfste, dass Kultur-, Natur- und Landschaftsschutzkriterien der Industrialisierung des ländlichen Raumes geopfert werden sollen.

Vor allem halten wir es für unverantwortlich, dass der Schutz des Menschen einem energiepolitischen Flächenziel – 2% der Landesfläche - untergeordnet werden soll, welches in keinem tatsächlichen Zusammenhang zum erklärten Klimaschutz steht.

Wir müssen daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass es der Landesregierung – auf Druck der Grünen – nicht um Klimaschutzziele geht, sondern um Flächenbereitstellung für die Windkraftbranche. Klimaschutz erreicht die Landesregierung nicht durch den Ausbau von Windkraftanlagen.

Wir stellen fest, dass bei Festhalten an den propagierten Flächenzielen für Windkraftanlagen faktisch bis zu 18 % der Landesfläche aus Schallschutzgründen unbewohnbar werden.

Solange Jamaika mit faulen Kompromissen die Menschen auf dem Land vor den Kommunalwahlen ruhig stellen will, erkennen wir zwar viel „politisches Talent“ aber keinen echten Willen, die Menschen nachhaltig vor schädlichen Immissionen zu schützen.

Gesundheit ist für uns nicht verhandelbar.